

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292-295
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Vertriebsabteilung
Grüdigkeit 9-5 Uhr

Verleger: Docufo-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2508-2507

Die Internationale der Reaktion.

Französische Hoffnungen . . .

London, 20. März. (W.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: In gewissen amtlichen französischen Kreisen sei man der Ansicht, daß weitere Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich in der nahen Zukunft wünschenswert seien, angesichts der Möglichkeit, daß Deutschland die Empfehlungen der Sachverständigenkommission nicht annehme. Es werde darauf hingewiesen, daß die

Tendenzen in Deutschland nach rechts weise und daß die bevorstehenden Wahlen die Reaktion in Deutschland stärken könnten. Die Wirkung einer derartigen Entwicklung in Deutschland werde die

Stärkung der Rechte bei den französischen Wahlen sein, die kurz nach den deutschen Wahlen stattfinden würden. Aus diesem Grunde sei man in Paris der Ansicht, daß eine Zusammenkunft französischer und britischer Vertreter abgehalten werden solle, bevor irgendwelche öffentlichen Vorschläge an Deutschland gemacht würden. Obgleich die Sachverständigen ihre Arbeiten noch nicht beendet hätten, werde es für sicher angenommen, daß

ein befriedigendes Kompromiß erzielt werden würde. Es bestehe ferner aller Glaube, daß die Franzosen bereit sein würden, die Vorschläge anzunehmen.

Deutschland und der Völkerbund.

London, 20. März. (W.B.) Wie der parlamentarische Berichterstatter der „Daily News“ mitteilt, betonte Lord Grey gestern in einer Ansprache auf einer privaten Zusammenkunft liberaler Parlamentsmitglieder zur Erörterung der auswärtigen Angelegenheiten, die Sicherheit Frankreichs sei die einzig mögliche Grundlage einer europäischen Fregierung. Es könne keine Sicherheit für Frankreich geben, wenn nicht Deutschland daran Anteil hat. Deutschland müsse dem Völkerbund beitreten, und Frankreich, Deutschland und Großbritannien müßten eine Vereinbarung schließen, derzufolge zwei der Mächte gegen die dritte zusammenstehen sollten, wenn diese sich im Falle eines Streites weigere, die Resolutionen des Völkerbundes zu verwenden.

Quiddes Verhaftung.

Bern, 19. März. (W.B.) Zu der Verhaftung Professor Quiddes, die in der Schweiz einen sehr ungünstigen Eindruck machte, nimmt das Internationale Friedensbureau in Bern heute Stellung. Ueber die Gründe, die für die Verhaftung angegeben werden, will sich das Bureau kein Urteil erlauben; aber es müßte festgestellt werden, daß Professor Dr. Quiddes während und nach dem Kriege als ein wirklicher deutscher Patriot im wahrsten Sinne des Wortes an den Interessen dieses Vaterlandes teilgenommen habe, und daß z. B. er es gewesen sei, der im Jahre 1915, als das Bureau einen feierlichen Protest in der ganzen Welt gegen die Verletzung belgischen Gebietes durch Deutschland erheben wollte, die Umwandlung dieses für Deutschland sehr ungünstigen Schreit in einen allgemeinen Protest gegen die Verletzung des internationalen Rechts durch die kriegsführenden Staaten erreichte.

Programm der belgischen Kammer

Brüssel, 20. März. (W.B.) Gestern wurde in der Abgeordnetenkammer die Aussprache über die Regierungserklärung fortgesetzt. Daran beteiligten sich zwei sozialistische Abgeordnete, Hubin und Defrées, sowie zwei katholische Kleriker und ein vlamischer Nationalist. Der Sozialist Hubin behauptete, die Regierungserklärung könne ihn nicht befriedigen, namentlich bezüglich der gegen die Lebensmittelverknappung angelegten Maßnahmen. Weiter greift er die Person des Königs an und verlangt schließlich die Entlassung einer „Bande von Ausbeutern“, an deren Spitze ein Senator stünde.

Van Cauwelaert, einer der katholischen Kleriker, erklärte in einer Rede: „Wir billigen die Erklärung der Regierung hinsichtlich der finanziellen Maßnahmen. Wir werden bei der Verteidigung des belgischen Front zu ihr stehen und sie bei der Ausgestaltung des Haushaltes unterstützen. Was die Reparationen anbelangt, so erwarten wir von ihr, daß sie eine unabhängige Politik unternimmt und sich nicht länger der französischen Politik anschließt, die die Ruhr als ein produktives Pfand, das nicht aus den Händen gegeben werden darf, auflassen pflegt.“

Darauf ergriff Theunis das Wort zu einer längeren Rechtfertigung. Er meint, die Situation in Belgien sei so ernst, daß die Regierung einen Aufruf an den guten Willen aller Völker richtete, um ihr bei der Regelung der Reparationsfrage behilflich zu sein. Es solle nicht schwer, die Regierung für familiäre Uebelstände, Lebensmittelmangel, Frankentransport usw. verantwortlich zu machen. Man dürfe jedoch nicht den Ursprung dieser Uebelstände verzeihen, namentlich nicht den schließlichen Willen Deutschlands, das sich seinen Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien entzög, gleichzeitig aber drei Millionen Goldmark zur Wiederinstandsetzung seiner Eisenbahnen veranschauliche. Theunis weist darauf hin, daß die Finanzlage sich wesentlich gebessert habe. Das Pfund Sterling sei in den letzten 8 Tagen um 25 Prozent gesunken.

Im weiteren Verlauf der Debatte meldete sich der frühere sozialistische Minister Defrées zum Wort. Er macht Theunis den Vor-

wurf, daß er bei der Neubildung seines Kabinetts sich nicht an die Sozialisten gewandt habe. Die Aussprache wird heute fortgesetzt und wahrscheinlich auch im Laufe des heutigen Tages über die Vertretungsfrage abgestimmt.

Russisch-chinesischer Konflikt.

Ausweisung des russischen Gesandten.

London, 20. März. (W.B.) Der „Daily Mail“ wird aus Peking telegraphiert, daß die chinesische Regierung gestern dem russischen Somsjetvertreter Karachan aufgefodert hat, unverzüglich den chinesischen Boden zu verlassen. Als Grund für diese Maßnahme wird angegeben, daß die von Karachan den Peking's Behörden übermittelte Note verletzende Auspielungen enthalten habe.

Ueber die Vorgeschichte des Konfliktes meldet „Ost-Express“ aus Moskau folgendes: Am 14. März hatten der russische Vertreter Karachan und der Bevollmächtigte der chinesischen Regierung Wan in Peking einen Vertrag über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet. Als es zur Unterzeichnung der Reinschrift des Vertrages kommen sollte, verweigerte die chinesische Regierung die Bestätigung der Unterschrift Wans. Karachan protestierte gegen dieses Vorgehen und erklärte, daß er die volle Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen der chinesischen Regierung auflege, wenn die Unterschrift Wans nicht binnen drei Tagen bestätigt werde. Tschitscherin hat den chinesischen Vertreter in Moskau warnend auf die Folgen des Verhaltens seiner Regierung hingewiesen, die Gebuld der Somsjetregierung habe ihre Grenzen. In politischen Kreisen wird das Vorgehen der chinesischen Regierung durch französische und amerikanische Einwirkung erklärt.

Programm der Sowjetpolitik in Asien.

Moskau, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Kollegium des Volkskommunists für Asienpolitik hat nach einer Reihe von Konferenzen nachstehende Richtlinien für die ostasiatische Politik Sowjetrusslands aufgestellt. Die Revolutionsierung der Türkei entspricht den Sowjetinteressen. Es besteht nur die Gefahr, daß das religiöse Zentrum des Islam unter englischen Einfluß gerät. Es wurde daher beschlossen, die Einberufung eines allgemeinen islamischen Kongresses zu beschleunigen. Von China muß die Anerkennung der Unabhängigkeit der Mongolei erwirkt werden. Japanische Agenten und Händler darf kein Einfluß auf mongolisches Gebiet gewährt werden. Die Politik Japans erfuhr eine scharfe Kritik. Das Kollegium empfiehlt dem Rat der Volkskommissare, die Außenpolitik der Sowjetregierung mit dem Agitationsprogramm der kommunistischen Internationale in Einklang zu bringen.

Naphtha und „Rep“.

Zu derselben Zeit, wo in den Vereinigten Staaten der Delfskandal ausbrach, fand in Moskau ein Gerichtsprozeß statt, der eine nicht geringere Beachtung verdient. In der endlichen Reihe der Prozesse, die in Moskau und den russischen Provinzstädten gegen prominente Vertreter der kommunistischen Regierung stattfanden, nimmt der Prozeß gegen den Bankdirektor Rasnoschischolow eine besondere Stelle ein.

Der Angeklagte war noch vor zwei Jahren Finanzminister der Republik des Fernen Ostens, und zwar zu einer Zeit, wo die Kommunisten dort die Gewalt an sich rissen. Durch seine dortige Tätigkeit erwarb er, der damals zweifellos ein ehrlicher und aufrichtiger Kommunist war, einen großen Einfluß in der Partei. Deshalb wurde er nach Beendigung des Bürgerkrieges, Anfang 1922, zum Direktor einer der größten Moskauer Banken ernannt. In dieser Eigenschaft blieb er bis zu seiner Verhaftung Mitglied der Moskauer Regierung.

Von dem Augenblick jedoch, wo er in engere Beziehungen zu dem neuen russischen Kapitalismus, mit seinen Devisen, Aktien, Obligationen usw., trat, begann er sich allmählich zu wandeln. Gemeinsam mit seinem Bruder suchte er seinen hohen Posten für seine persönlichen Bereicherung aus. Er begann das Leben eines reichen russischen Bourgeois zu führen, nahm an Profiteuren und Sauspielern teil, hielt sich einen Schwarm Geliebten, unternahm Spekulationen durch das ganze Land usw. Es dauerte geraume Zeit, ehe seine Partei und die Behörden diesem Treiben ihre Aufmerksamkeit zuwandten.

Das Gericht hatte ihn wegen seiner Veruntreuungen und Mißbräuche zu einer verhältnismäßig milden Strafe, zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Das nimmt weiter nicht wunder: er war kein politischer Gegner, kein Sozialist, der auch für geringere Vergehen mit festem Kopfe hätte einsitzen müssen, sondern Mitglied der Regierung!

Wichtig ist aber nicht diese milde Strafe, sondern die Tatsache, daß der unerschrockene, lärmende Rasnoschischolow zwar auf die Anklagebank geriet, daß aber hundert vorläufiger und schlauerer „Republikane“ noch immer hohe Posten in der kommunistischen Partei und in dem Staatapparat einnehmen, und daß die Pöhl dieser korrupten Elemente in der Atmosphäre des allgemeinen Schmelzens, wo jede freie öffentliche Kritik unterbunden ist, mit jedem Tage zunimmt.

Die ganze kommunistische Presse läßt sich über die amerikanische Panama-Affäre nicht beruhigen. Sie behauptet, die Demokratie führe „Ganz recht, das neue Panama in den Vereinigten Staaten ist eine Schmach für die bürgerliche Demokratie. Aber warum sehen die Kommunisten nicht den Balken in ihrem eigenen Auge? Denn zu dem Panama der Republik in Sowjetrussland könnte man mit nicht geringerer Recht sagen: „Seht mal, das sind die Früchte der kommunistischen Diktatur!“

Der amerikanische Delfskandal.

Die Enthüllungen über den amerikanischen Delfskandal, der täglich immer weitere Kreise zieht, fesseln die allgemeine Aufmerksamkeit in allen Ländern. Von einem guten Kenner der amerikanischen Verhältnisse wird uns zu dieser Angelegenheit geschrieben:

Der amerikanische Delfskandal gewinnt immer mehr den Charakter eines großen politischen Ereignisses. Die von dem Senat eingesetzte außerordentliche Untersuchungskommission, deren Arbeit noch nicht zu Ende ist, hat bereits festgestellt, daß der verstorbene Präsident Harding seine Kandidatur und Wahl den großen Delmagнатаn zu verdanken hatte; ferner, daß der frühere Minister des Innern, Albert Fall, während seiner Tätigkeit als Minister eine direkte Bestechung in der Höhe von 125 000 Dollar von den Delmagнатаn Doherty und Sinclair erhalten hat; daß zwei weitere Mitglieder des Kabinetts im Dienste der beiden letzteren standen und daß einer von diesen Ministern, und zwar der Justizminister (Attorney General) Daugherty, seinen Einfluß als Regierungsmittglied zugunsten der Delmagнатаn nicht ungenützlich ausgeübt hat. Schließlich ist festgestellt worden, daß die beiden großen Parteien der Vereinigten Staaten, die republikanische und die demokratische Partei, bedeutende Geldbeiträge von den Delmagнатаn erhalten haben. Für die Korruption der amerikanischen Politik ist es bezeichnend, daß Sinclair vor der Untersuchungskommission erklärte, er habe für die Wahlkampagne beider Parteien Geld gegeben, damit er in jedem Falle von der siegreichen Partei begünstigt werde.

Die Untersuchung hat bisher folgende Ergebnisse gezeigt:

1. Der Marineminister Denby, der als Zeuge vor der Kommission erscheinen mußte, hat, nachdem er sich mehrmals geweigert hatte, seine Demission einzureichen, sein Amt schließlich niedergelegt, und zwar unmittelbar nachdem der Präsident Coolidge erklärte, Denby müsse nur in dem Falle demissionieren, wenn die Untersuchungskommission belastendes Material gegen ihn zur Verfügung bringe.

2. Der Justizminister Daugherty, dessen Demission von mehreren Senatoren und von großen Schichten der Bevölkerung verlangt wurde, weigerte sich, auch nachdem Coolidge es verlangte, seinen Rücktritt zu erklären. Es erfolgte darauf eine Spaltung in den Reihen der republikanischen Partei. Statt die Untersuchung des Delfskandals dem zuständigen, von Daugherty geleiteten, Justizministerium zu übergeben, beauftragte Coolidge zwei hervorragende Rechtsanwälte mit dieser Arbeit, was eine offene Desavouierung des Justizministers bedeutete. Das Interessante dabei ist, daß einer dieser Rechtsanwälte seit 28 Jahren als Vertreter von Delmagнатаn, darunter auch der von Doherty, Sinclair und Standard Oil, tätig war.)

3. Die Ernennung Coolidges zum Kandidaten der republikanischen Partei bei den im November stattfindenden Präsidentschaftswahlen unterlag keinem Zweifel. Seine Wahl galt als gesichert, da vor dem Delfskandal niemand an dem Sieg der republikanischen Partei zweifelte. Jetzt dagegen ist beides sehr zweifelhaft geworden.

4. William MacAdoo, der Schwiegersohn Woodrow Wilsons und Finanzminister in der Wilson-Regierung, galt, trotz seiner kompromittierenden Beziehungen zu der realistischen Organisationsaktion Ku-Klux-Klan, als der hoffnungsvollste Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei. Eines Tages erklärte Doherty vor der Untersuchungskommission, daß MacAdoo in seinem Dienste gestanden und für verschiedene Leistungen als Rechtsanwalt von ihm 25 000 Dollar erhalten habe. Doherty hatte auch die Absicht, MacAdoo nach Mexiko zu senden, um gewisse Delfskandale zu erlangen, wofür MacAdoo Provision in Höhe von einer Million Dollar erhalten sollte. Am Tage nach dieser Enthüllung stürzte MacAdoo's Kandidatur wie ein Kartenhaus zusammen.

Infolge des Delfskandals ist die Fäulnis der beiden politischen Parteien Amerikas sichtbar geworden. Was für eine Bewandnis hat es mit diesem Skandal?

Vor einigen Jahren hatte die amerikanische Regierung eine Bestimmung getroffen, wonach bedeutende Petroleumquellen auf dem Gebiete der Vereinigten Staaten der Regierung als feststehende Reserve zur Verfügung zu stellen sind, die im Falle eines Krieges für die Flotte benutzt werden sollen. Aus diesem Grunde standen diese Reservewellen unter der Verwaltung des Marineministeriums. Ohne irgendeine öffentliche Bekannmachung und ohne daß in den Akten der Regierung diese wichtige Maßnahme verzeichnet worden wäre, wurden diese Petroleumreserven mit Zustimmung des Präsidenten Harding unter die Verwaltung des Ministeriums des Innern gestellt. Einige Marineoffiziere, die gegen diese Maßnahme Protest erhoben, wurden nach den ernstesten amerikanischen Inseln im Stillen Ozean geschickt. Der damalige Minister des Innern, Albert Fall, der vor seiner Ernennung zum Minister bei Doherty und Sinclair angestellt war und im letzten Sommer, nach seiner freiwilligen Demission, im Auftrage Sinclairs nach Rußland fuhr, um mit der Sowjetregierung wegen einer Petroleumkonvention zu unterhandeln, war als entschiedener Gegner der Delmagнатаn bekannt. Kurz nachdem die Petroleumreserven unter seine Aufsicht gestellt wurden, übergab er sie, obwohl sie permanentes nationales Eigentum waren, als Konzession an die privaten Delmagнатаn von Doherty und Sinclair. Eines der auf diese Weise übergebenen Petroleumfelder, Teapot Dome genannt, ist 20 000 000 Hektar groß. Doherty erklärte vor der Untersuchungskommission, daß er von diesem

Selbe allein einen Gewinn von 100 000 000 Dollar erwarten. Außerdem wurde ihm ein Oelfeld in Kalifornien, gleichfalls aus der nationalisierten Reserve, übergeben.

Laut der Vereinbarung zwischen dem Ministerium des Innern und Doherty-Sinclair müßten diese einen Teil ihres Gewinns an das Marineministerium abführen. Mit diesem Geld sollte das Marineministerium bedeutend mehr Kriegsschiffe bauen und Matrosen einstellen, als vom Kongreß bewilligt wurden.

Die Arbeit der Untersuchungskommission ist noch nicht beendet. Viele interessante Enthüllungen stehen noch bevor. Vorläufig bringt jeder Tag neue Tatsachen ans Licht. So erklärte Doherty während einer seiner vielen Vernehmungen, daß die Regierung das Grundstück der amerikanischen Botschaft in Mexiko von ihm als Geschenk erhalten habe. (Wie bekannt, besitzen Doherty und Sinclair große Oelfelder in Mexiko.) Ferner wurde festgestellt, daß Sinclair mehrere Zeitungen, die ihm feindlich gegenüberstanden, angekauft hat.

Besonders unangenehm ist zurzeit die Lage des Justizministers Daugherty. Er wurde während einer Sitzung im Senat vom Senator Wheeler „gemeiner Gauner“ genannt, erwiderte aber kein Wort darauf. Jetzt ist eine spezielle Kommission vom Senat ernannt worden, um seine Tätigkeit als Minister zu prüfen. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß Daugherty seine Stellung dazu ausgenutzt hat, um große Summen bei der Spekulation mit Oelaktien zu verdienen. Er steht auch im Verdacht, die bis jetzt noch nicht liquidierte Mexikorevolution Huertas im Interesse Dohertys und Sinclairs durch Agenten und Waffenlieferungen unterstützt zu haben. Der Einfluß dieses Mannes ist jedoch so stark, daß er, trotz der Forderung des Präsidenten, nicht aus dem Kabinett entfernt werden kann.

Das Verdienst, die ganze Angelegenheit aufgerollt zu haben, gebührt dem Führer des aus radikalen Demokraten und Republikanern bestehenden progressiven Blocks, Senator La Follette. Als Vorsitzender der Untersuchungskommission fungiert aber der demokratische Senator Walsh. Den Demokraten brachte die Untersuchung anfangs große Genugung, da es ihnen gelang, die republikanische Regierung Harding und Coolidge sowie die ganze republikanische Partei in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren. Aber nach der Enttarnung ihres hoffnungsvollsten Präsidentschaftskandidaten Mac Adoo leiden auch die Demokraten unter den Enthüllungen. Gewonnen hat nur der von den Senatoren La Follette und Borah geleitete progressive Block, der allein vom Deschismus unberührt geblieben ist. Eine Prophezeiung ist hier vielleicht nicht angebracht, aber es ist vorauszusehen, daß der radikal-progressiv Block die nächsten Präsidentschaftswahlen bestimmen wird, was in den Vereinigten Staaten, dem Lande der zwei traditionellen konservativen Parteien, eine außergewöhnliche Erscheinung sein wird.

Die weiteren Folgen des Deschandals sind noch nicht abzusehen. Erst die Zukunft wird zeigen, ob das amerikanische Volk den Deschandal in kurzer Zeit vergessen oder ob es sich mit Ekel und Berachtung für immer von den unter dem direkten Einfluß von Wallstreet stehenden politischen Parteien abwenden und die Lösung seiner politischen Wege in einer radikaleren Bewegung suchen wird.

Die Kanzlerbegegnung in Wien.

Wer führt uns zur deutschen Einheit?

Herr Marx und Herr Stresemann sind gestern in Wien eingetroffen und von den dortigen Behörden feierlich empfangen worden. Es wurden bei dieser Gelegenheit diplomatische Höflichkeit ausgetauscht und Reden über die deutsche Einheit gehalten. Doch welchen Wert diese offiziellen Rundgebungen haben, wird in der „Wiener Arbeiterzeitung“ treffend geschildert:

„So oft sich das deutsche Volk gegen seine Fürsten erhob; so oft sich die Deutschen ermunerten, daß sie getrennt als Unterthanen des Königs von Preußen und des Kaisers von Oesterreich und auf der

anderen Könige und Großherzoge, ein Volk sind, sobald sie aufhören, Unterthanen zu sein; so oft die Revolution durch Deutschland ging, so 1848 wie 1918, erfährt der Gedanke der deutschen Einheit mächtig die Massen. Aber wenn der Gedanke der deutschen Einheit immer liegt mit den Fluten der Revolution, so sank er immer, so oft die Revolution zurückwühlte. So ward er nach den Stürmen von 1848 zu Dinslag für achtzig Jahre begraben. So erlähmte seine Kraft, als die Sichel in Oesterreich, die Rary im Reich die Reaktion in die Macht setzten.“

Wer ist — fragt unser Wiener Bruderbrüder — der Mann, der heute in Deutschösterreichs Namen den deutschen Reichskanzler empfängt? Er ist der Wortführer des alten Oesterreich in dem neuen. Und die Herren Marx und Stresemann, die Sichel empfängt?

„Es sind die Herren der Reichswehrdiktatur und des Belagerungszustandes. Es sind die Herren, die vor dem bayerischen Verfassungsbruch kapituliert, aber die verfassungsmäßige Regierung Sachlens auseinandergejagt haben. Es sind die Herren, die die deutsche Arbeiterklasse niedergeworfen, die Gefahr des Sieges des alten, des wilhelminischen Deutschland bei der nahenden Reichstagswahl hervorgerufen haben. Und jeder Schlag, den sie gegen die deutsche Arbeiterklasse, die einzige feste Stütze der deutschen Republik, geführt haben, war ein Schlag gegen den Gedanken der deutschen Einheit.“

Gewiß, die Verwirklichung der deutschen Einheit wird in hohem Maße durch außenpolitische Faktoren verhindert. Aber nur ein wahrhaft republikanisches Deutschland, das sich endgültig von der Vergangenheit losreißt, wird das allgemeine Mißtrauen der Welt überwinden und dem deutschen Volke das Selbstbestimmungsrecht erobern. Wir stimmen der „Wiener Arbeiterzeitung“ vollkommen zu, wenn sie ihren Artikel mit folgenden Worten schließt: „Nein, die Herren, die heute einander in Deutschlands und Deutschösterreichs Namen begrüßen werden, die Marx und Seipel, die Stresemann und Frank — die führen uns nicht zur deutschen Einheit! Sie kann nur werden aus dem Willen und der Kraft der arbeitenden Massen des deutschen Volkes haben und drüben, der Massen, die hier so wenig schwarzgelb, wie drüben schwarzweißrot sind. Sie wird erst werden, wenn wieder der Geist von 1848, der Geist von 1918 als Sturm durch die deutschen Lande, als Orkan durch Europa braust.“

Dr. Düringer und der „Vorwärts“.

Wie wird er wählen?

In der „Zeit“ vom 20. März veröffentlicht Justizminister a. D. Dr. Düringer folgende Erklärung:

„In seiner Rede Nummer vom 11. März zerbricht sich der „Vorwärts“ den Kopf, für welche Partei ich wohl in dem bevorstehenden Wahlkampf wählen würde. Er meint, nach meiner Rede vom 10. März könne dies nur die sozialdemokratische sein. Sonderbare Schwärmer! Die Sozialdemokratie sieht doch auf dem Boden des Marxismus! Ich habe aber noch dem amtlichen Stenogramm wörtlich erklärt:

„Ich bin ein Gegner des Marxismus. Ich halte den Kapitalismus für eine Begleiterscheinung jeder Kultur. Es hat noch nie menschliche Kultur gegeben, bei der nicht der Kapitalismus auf dem Plan war. Sowohl die Helden Homers als die Patriarchen des alten Bundes waren Kapitalisten. Abraham, Isak und Jakob waren Großkapitalisten, und selber hat es sehr viele Abraham, Isak und Jakob gegeben, welche ebenfalls Großkapitalisten waren. Keines Erachtens darf man also nicht den Kapitalismus als solchen bekämpfen, da er eine notwendige Erscheinung des bürgerlichen Zusammenlebens der Menschen ist, sondern man muß die Auswüchse des Kapitalismus, man muß die Plutokratie bekämpfen.“

Wie man sich angeht, dieser prinzipiellen Einstellung zum Marxismus, die ich natürlich nur nebenbei, aber doch, wie ich glaube, mit voller Klarheit festgestellt habe, für die Sozialdemokratie in Anspruch nehmen will, ist mir unverständlich.

Ich bin ein unabhängiger Mann und mache Anspruch auf ein selbständiges Urteil. Das ist mir auch in der Deutschen Volkspartei niemals verwehrt worden. Ich

In der Volksbühne spielte man diesen Osterspuk mit soniger Gelächter sehr herzlich, sehr breit, äußerst wichtig. Man legte sich mit hundert Agenten auf die zweifelhafte Bädermoral des Ganzen. Man wurde dem jämmerlichen Strindberg gerechert als dem großartigen und grotesken. Man erwiderte nicht den Stills des Märchens, man befreundete sich nur mit der Moralität. Da aber Frau Grodscinsky, vom Regisseur Henckel unendlich zart geführt, ungewöhnliches Maß der Reife, prächtige Weichheit der Bewegungen und der Blicke entlocken konnte, lächelten die Gotteskinder und das Weiden Christi so verführerisch, daß man gläubig wurde. Alles andere, was mehr Wirklichkeit sein sollte, kam dann zu matt oder zu zart heraus. Man konnte nicht gerührt werden, man wurde nur neugierig. Es ist aber das stärkste Motiv dieses Osterspiels gewesen, daß er die Menschen zur willenlosen Nachgiebigkeit und nicht zur heilsüchtigen Reue erwecken wollte. Max Hochdorf.

Macdonalds Bekenntnis zum Journalismus. In einer Ansprache, die der englische Premierminister Ramsay Macdonald bei dem Essen des Londoner Pressklubbs hielt, bekannte er sich selbst in warmerherziger Weise zu dem Beruf des Journalisten. „Nun, meine Freunde“, sagte er, „wenn es Ihnen Spaß macht, daß die Regierung weggeschickt wird, dann werde ich zu meinem alten Beruf zurückkehren. Anstatt Depeschen zu schreiben, werde ich dann wieder Zeitartikel schreiben, und anstatt nach den pompösen Räumen des Kabinetts zu gehen, werde ich dann wieder zu meinem Redaktionszimmer zurückkehren, das mir so lieb und vertraut ist. Bevor ich mit den Oestern spreche, ach ich mit den Russen, und ich weiß nicht, welche Gesellschaft die bessere ist. Wenn das Licht meiner Politik niedergebrennt sein sollte, und ich nach diesem großartigen Traum in der grauen Nüchternheit der grauen Wirklichkeit wieder aufwache, dann hoffe ich, auch wieder ein Plätschen an der Tafel der Russen zu finden. Dann werde ich zu Euch treten und sagen: „Rückt ein bißchen enger zusammen und macht mir wieder Platz.“ So, dann will ich zurückkehren zu meiner so alten, so ehrenvollen und so wichtigen Beschäftigung, zu dem Beruf des Journalisten. Manchmal denke ich, daß Ihr zu bescheiden seid und Euch zu gering einschätzt. Der Journalist — ein großer Kunsthandwerker — der Mann, der vor einem weißen Stück Papier sich hinsetzt und es mit seinen Ideen füllt, die dann die Welt bewegen, ist wahrlich ein Mann, der stolz auf sich selbst sein sollte und beglückt in seiner Arbeit.“

Das Ende des Berliner Museumsstrittes. Das Ergebnis der Debatte im preußischen Landtag bedeutet erfreulicherweise den Abschluß des „Berliner Museumsstrittes“, der zum Schaden der Baukunst in so lange Jahren den Hochschulen der Museumspraxis, den Architekten, den Verwaltungsjuristen und schließlich auch den Kunstschreibern getobt hat. Im neuen Staatshaushalt werden nunmehr 300 000 — Mark für 1924/25 zur Weiterführung der Museumsbauten eingelegt werden, und entsprechend dem Beschluß des Hauptausschusses hat der Landtag empfohlen, die Neubauten jetzt ohne Abstriche zu vollenden und, soweit staatliche Mittel dafür nicht flüssig

lassen aber auch meine Neigungen nicht durch parteiübergreifende Betrachtungen anderer Parteien einstellen oder misbrauchen.“

Herr Dr. Düringer hält es also für nötig, die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen. Hat er sich jemals die Frage vorgelegt, ob die Deutsche Volkspartei das geeignete Instrument zur Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus ist? Wir sind sicher, daß Herrn Dr. Düringer ein selbständiges Urteil in der Deutschen Volkspartei nicht verwehrt wird, wir sind aber ebenso sicher, daß er auf bestmögliche und erfolgreichste Weisheit in seiner Partei stehen würde, wenn er versuchen würde, sein Urteil über die Notwendigkeit der Bekämpfung kapitalistischer Auswüchse mit Hilfe seiner Partei in politische Laten umzusetzen. Man wählt eine Partei nicht, um einen Platz für die Abgabe von Urteilen zu haben, sondern um durch sie politisch zu wirken. Zur Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus ist nun aber die Deutsche Volkspartei das ungeeignetste Instrument. Wenn Dr. Düringer sich unter diesem Gesichtspunkte die Parteien ansieht, so wird er zugeben, daß außer der Sozialdemokratie keine Partei zur Bekämpfung der Auswüchse des Kapitalismus geeignet ist.

Dr. Düringer steht nicht zu den politischen Konsequenzen seiner Ausführungen. Trotzdem werden wir uns doch erlauben, im Wahlkampf große Teile seiner Rede zu zitieren — weil sie mit dem Finger auf die wunden Punkte weisen, an denen ernsthafte Arbeit zur Gesundung der deutschen sozialen und politischen Verhältnisse eingeleitet hat. Wir geben dabei die Hoffnung nicht auf, daß er sich auch Herrn Dr. Düringer überzeugen werden, daß ernstes und erfolgreiches Wirken an dieser Aufgabe nur in der Sozialdemokratischen Partei möglich ist.

Verleumdung des Reichspräsidenten.

Strafantrag gegen die „Deutsche Tageszeitung“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in ihrer gestrigen Abendausgabe in einem sich mit dem Wahlkampf befassenden Artikel den Reichspräsidenten als einen der Organisatoren des verwerflichen und wahnwütigen Runtionsarbeiterstreiks von 1918 bezeichnet. Der Reichspräsident hat darauf gegen Urheber und Verbreiter des Artikels Strafantrag wegen verleumdender Beleidigung gestellt.

Das Mysterium der Rentenmark.

London, 20. März. (W.B.) Der Pariser Berichterstatter des „Daily Express“ schreibt: Eine hohe britische Finanzautorität habe ihm in einer Unterredung erklärt, das Mysterium der Rentenmark sei eines der Wunder der Welt. Die Rentenmark könnte wertvoll bleiben, so lange das deutsche Volk selbst Vertrauen darin setze.

Glauke Börse.

Der Effektenmarkt geschäftlos.

Der Effektenmarkt bleibt fast völlig geschäftlos. Die Kurse geben bei geringem Angebot leicht nach. Bei Beginn des heutigen Geschäftes erfolgte ein lebhaftes Angebot in denjenigen Papieren, die in letzter Zeit von der Spekulation bevorzugt worden waren. So nannte man Deutsch-Petroleum 16 1/2 Brief, Deutsche Erdöl 56 1/2 Brief, Kriegsanleihe 80 Brief. Der Geldmarkt bleibt stillig. Tagesgeld wurde heute mit 1/4 pro Mille angeboten. Im Devisenverkehr behauptet der französische Franc gegenüber dem Pfund seinen bisherigen Kurs. Die Nachfrage des Inlandes nach Devisen bleibt sehr lebhaft. Die Reparationen und Kurse sind unverändert.

Ein politischer Mord in Russland. In einem Dorf des Stavropolschen Gouvernements (im Südosten Russlands) wurde, wie der Ost-Express meldet, vor einigen Tagen das Mitglied des Russischen Zentralerziehungsausschusses Dawydow auf offener Straße durch Revolvergeschosse getötet. Die Mörder flüchteten und sind noch nicht erwischt worden. Dawydow war bauerlicher Herkunft und parteilos.

Der Kiener Tendenzprophet. Am 20. März beginnt in Wien der Prozeß gegen die Mitglieder des sogenannten „Aktionszentrums“, die der Verführung durch die Sowjetregierung und der Spionage angeklagt sind. Nach Abschluß der Voruntersuchung hält die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen 18 Personen aufrecht, die fast alle Intellektuelle und ehemalige Offiziere sind.

gemacht werden können, private Mittel auf dem Wege einer Lotterie heranzuziehen. Inogelamt werden für die gesamte Bauzeit noch etwa 8 Millionen Goldmark für erforderlich erklärt. Eine Lotterie ergäbe nicht nur im Augenblick, sondern wohl nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte überhaupt, jedesmal nur 100. bis 150 000 Goldmark; man sieht, die Differenz zwischen dem was man braucht, und dem, was man in Aussicht hat, ist noch recht groß.

Wunder des Gedächtnisses. Ein italienischer Professor erregte kürzlich dadurch Aufsehen, daß er in einer einzigen Sitzung von 20 Stunden die ganze „göttliche Komödie“ Dantes aus dem Gedächtnis her sagte; er begann um 6 Uhr abends und war mit der Vervollständigung um 2 Uhr am Nachmittags des folgenden Tages zu Ende. So erstaunlich diese Gedächtnisprobe ist, so steht sie doch nicht einzig da. Ein bekannter Pianist spielte einmal 400 Stücke aus dem Gedächtnis hintereinander, und er wurde noch übertraffen durch die Leistung eines anderen Klavierpielers, der 1500 verschiedene Kompositionen 40 Stunden hintereinander vortrug, ohne eine Note vor sich zu haben. Ein Beamter im Norden Englands sang kürzlich, wie in einem Londoner Blatt erzählt wird, bei der Feier seines 72. Geburtstages auswendig 72 Lieder, für jedes Jahr seines Lebens eins, und wenige Tage später übertrug er sich noch, indem er in 6 1/2 Stunden 100 Lieder, jedes mit vielen Strophen, aus dem Gedächtnis vortrug. Es gibt Schauspieler, die ein geradezu wunderbares Gedächtnis haben. Dazu gehört die englische Schauspielerin Eliza Mc Carthy, die schon in ihrer Jugend im Auswendiglernen erstaunliches vollbrachte. Ihr Vater versprach ihr einmal 20 M., wenn sie das 2. Buch von Miltons „Verlorenem Paradies“ heragen würde. Als sie dies geleistet hatte, versprach er ihr 10 M. für das Auswendiglernen von „Romeo und Julia“. Als sie auch diese Aufgabe spielend erledigte, versprach er ihr 5 M. für das Herlagern des „Macbeth“. Dann aber war es ihm unzulänglich, und er sagte: „Für das Auswendiglernen des nächsten Dramas zahle ich bloß noch 30 Pf.“

Die Junge Bühne bringt Arnold Bronnens „Kuznetze in Sibirien“ am Sonntag, 6. April, mittags 12 Uhr, im Deutschen Theater zur Aufführung. Regie: Heinz Hilbert.

Kunstabend. Zu Gunsten der A. G. findet Sonnabend im Reiterhof der zweite Kunstabend mit Reinhold Maur als Vortragenden statt. Im neuen Programm kommen u. a. zum Vortrag: Dos Passos, George Grosz, Upton Sinclair, Max London, D. M. Weil, A. A. Scher.

Der Berlin-Berliner Künstler verabschiedet sein diesjähriges Jubiläum, „Eine Nacht in Rimini“ am 22. März im Künstlerhaus, Bellevuestr. 3. **Wiener Straußkeller.** Vom 2. bis 14. Mai d. J. findet aus Anlaß des 60. Geburtstages des Komponisten Richard Strauß in Wien ein Straußfest statt. Eine ansehnliche Aufführung sämtlicher dramatischer und symphonischer Werke des Meisters, sowie einer Reihe seiner lyrischen und kammermusikalischen Positionen ist vorzusehen. Das neue Strauß-Keller „Schönbergers“ wird hierzu zum erstenmal gegeben.

Neues vom Radio. Die V. L. in London mit einem Rundfunkkonzert für Edwardes gemacht wurden, sind sehr glücklich erschienen. Es wurde ein neuer Apparat, der in das Ohr geschoben werden kann, als Empfänger verwendet. Dieser Apparat ist zugleich ein Verstärker. Die Summen, die im Laufe dieses Jahres in Amerika für Radioeinrichtungen auszugeben werden, sind auf 300 Millionen Dollar geschätzt (1/4 der Ausgabe für Fußbeleuchtung).

„Ostern“ in der Volksbühne.

Man kennt diese unerfülllichen Anbieter der Welt, des Weibes und des Sinnenraubes, die gerade in den großen Zeiten der Kasteiung und religiösen Niedergeschlagenheit alles abschwören wollen, was ihnen bisher eine Lust war. August Strindberg ist einer von diesen Fanatikern der Reue gewesen. Er bekehrte sich stets zur Entlassung und jenseitskommen Gläubigkeit, wenn er mit seinem irdischen Leben nicht mehr ein und aus wußte. Dann älterte in diesem seltsamen, genialen, dem wahnsinnigsten Schmerzempfindungsfähigen Kinde und Künstler die frömmste Melodie. Er hörte das Jammern der Worte, die Jesus Christus am Kreuze gesprochen hat. So erfüllt war er von religiöser Musik, daß nur die allerfeinsten Reszen für ihn Wunderkraft besaßen. Nun, solche Schwermut, die aus der Sinnenüberfüllung entspringt, ist wohl in der Musik bequem zu lösen. Auch die Hoffnung, die einer derartigen Niedergeschlagenheit folgt, wäre so schön durch Lüne auszubringen, daß auch das empfindsamste und zöghafteste Herz daran sich erquickte.

Wie aber, wenn all dieses dumpfe Gefühl durch klare Gedanken dem Bewußtsein zufließen soll? Dann hat sich der Künstler mit hundert Ueberlieferungen und Geisern herumzuschlagen. Er hat Weltanschauungen zu entthronen, er hat besonders die Skeptiker zu befriedigen, die im Theater nicht glauben können, daß solche Bekehrung eines bisher energiegelassen Gottesleugners zum alten Gott einleuchtend sei. Strindberg war solch Gottesleugner, ein strommer Atheist, ein Wahrheitsfreund, der die Priesterherrlichkeit durchaus geräderte. Und nun redet er mit einem Schloß päpstlich. Man merkt es ihm an, daß er zu unmittelbar und musikalisch reden möchte, wie das Ende Genie Haydn. Aber es fehlt natürlich die ewige Sanigleit. Es bleibt nur für die ewige Zeit ausreichende Inbrunst. Es spricht nur der enigeltzte Kammerlappen, der nicht untergehen möchte in einder Glaubenslosigkeit. Osternstimmung wird Regenstimmung, Karfreitagstimmung ist nicht Dubel des Parzival, sondern beschreibendes Hineinkleben des pflastermähen Großstadtmenschen in die Glückseligkeit des Pfisters. Strindbergs Ostertag, der Melodie entspringen, in Traufhängung endend, ist darum immer noch merkwürdig genug. Das verrät den glühendsten Gottesleugner und Gritzeljüder. Es darf dem Menschen, der mit dem Strindbergischen Tollwut nicht ganz beschuldigt weiß, aber nicht die Meinung beibringen, als handelte es sich um ein moralisches Beispiel von unbestreitbarem Ernst. Auch der heile Gott, der am Schluß des Stückes wie ein raunender und räuspernder Albezahl auf die Bühne stampft, ist nicht ganz ernst zu nehmen. Er ächzt: „Jehovah!“, der sich die kleinen tranken Kinder ausbenden. Er ist kein Gott für aufgestärkte und gesunde Menschen.

Deutschvölkische Note.

Die „Freiheitspartei“ im Mecklenburger Landtag.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei konnte ihre Erfolge bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwertin nur erzielen, indem sie sich mit den Fehern des „marxistischen“ Programms schmiedete. Nur so gelang es ihr, wesentliche Teile der politisch ungeschulten Landarbeiterschaft einzufangen. Es ist bekannt, daß die Deutschvölkischen bei ihrer Agitation Sein und Bein schworen, weder der jüdisch-persekutierten Volkspartei noch dem vom Kapitalismus abhängigen Deutschnationalen ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen. Um so größer war dann die Verlegenheit, als sich nach den Wahlen herausstellte, daß Deutschnationale und Volkspartei nur dann eine Regierung bilden konnten, wenn sie die Unterstützung der Deutschvölkischen erhielten. Nachdem man wochenlang das „Marxistenkabinett“ Stellung hatte forscht lassen mußten sich die Völkischen schließlich wohl oder übel dazu bequemen, den Großagrariern und der „jüdischen Stimmepartei“ ihre dauernde Unterstützung bei der Regierung zuzugestehen. Damit ist die Partei, die die Bekämpfung des Parlamentarismus und des „jüdischen“ Kapitals ihre Hauptaufgabe nennt, über Nacht nicht nur eine Partei der parlamentarischen Mitarbeit, sondern sogar eine Regierungspartei geworden.

Sehr lustig ist es, zu sehen, wie sich der Führer der Deutschvölkischen, Maerens, nach dem vollendeten Umfalle aus der Affäre zu ziehen versuchte. In einer längeren Programmrede führte er in der Eröffnungs Sitzung des Landtages aus, solange der Parlamentarismus noch in Kraft sei, gebe es überhaupt keine andere politische Betätigung als die parlamentarische. Vor Tische las mans anders! Bezeichnend ist es, wenn Maerens nach diesem Luftstreich wieder erklärt, es sei den Deutschvölkischen unmöglich, in eine Regierungskoalition hineinzugehen, da jede Kompromittation die völkische Fraktion zur üblichen parlamentarischen Partei herabdrücken müsse. Außerdem trenne die „Alliirten“ von der Volkspartei als der Hauptverfechterin der kapitalistischen Interessen der Kampf gegen den internationalen Kapitalismus, der bis zur Brechung der jetzigen Zinsnechenschaft des Volkes durchzuführen sei. Von den Deutschnationalen gelte dasselbe, da auch sie kapitalistisch eingestellt seien. Was aber nicht verhindern sollte, daß die Deutschvölkischen für die volksparteilichen und deutschnationalen Minister stimmen und sich vorher verpflichteten, dieses „kapitalistische“ Kabinett dauernd zu unterstützen! Die Deutschvölkische Freiheitspartei Mecklenburgs ist also bereits in jene Kompromittation hineingeraten, die ihr Führer Maerens als den Untergang der völkischen Bewegung bezeichnet, und es klingt in diesem Zusammenhang wie eine Entschuldigung vor sich selbst, wenn Maerens sagt:

„Die verderbliche Wirkung dieses internationalen Kapitals ist in Deutschland schon so weit fortgeschritten, daß selbst sozialistische Führer, die noch immer erklären, daß sie das Kapital als Hauptgegner bekämpfen, sich von kapitalistischen Bindungen nicht freimachen können.“

Zu beweisen versucht der völkische Führer seine Behauptung mit der Erklärung Herrmann Müllers nach der Konferenz von Genua, es komme für Deutschland darauf an, das Vertrauen des internationalen Kapitals zu gewinnen!

Noch possitiver wird Maerens, wenn er die Stellung der völkischen Freiheitspartei zum Sozialismus abzugrenzen versucht. Er sagt:

„Was wir verhindern wollen, ist die maßlose Anhäufung von Reichtum in den Händen einzelner, sobald dieser das Wohl des Ganzen gefährden kann. Eine solche Gefährdung erleiden wir in der Bildung von Konglomeraten, Trusts und Syndikaten, die als rein kapitalistische Gebilde in erster Linie den Rentabilitätsgedanken verketten und damit die hauptsächlichsten Aufgaben, nämlich die der Bedarfsdeckung, nicht mehr erfüllen... Hinsichtlich der Landwirtschaft sind wir der Auffassung, daß die größeren Betriebe, die in erster Linie zur Bedarfsdeckung der Städte dienen, unbedingt aufrecht erhalten und nicht auf Kosten der Schaffung von Arbeitsplätzen zerlegt werden dürfen. Andererseits vertreten wir aber auch den Standpunkt, daß jeglicher Besitz verpflichtet ist, und daß in allen Fällen, wo ein landwirtschaftlicher Betrieb seine volkswirtschaftliche Aufgabe nicht erfüllt, der Staat eintretend eingreifen muß.“

Das alles seien aber beileibe keine sozialistischen Gedankengänge. Die Gemeinsamkeit der völkischen Ziele in der Bekämpfung des Kapitalismus sei nur scheinbar, „denn wir Völkischen wollen nur die Macht des rassistischen Weltkapitals brechen, während die Sozialisten im Gegensatz dazu sich gegen das produktive Kapital jedes Unternehmers wenden.“ (!) In dem einen hat der völkische Führer sicherlich recht, daß die Ziele der Deutschvölkischen und der Sozialdemokraten nur scheinbar übereinstimmen. Denn die Sozialdemokratie nimmt es mit ihrem Kampf für die Rechte der produktiven Arbeit und das Wohl der Arbeiterschaft ernst und ist in dem Augenblick zur schärfsten Kampfstellung übergegangen, in dem die bürgerlichen Parteien der bürgerlichen Reaktion anheimelien, während die Deutschvölkischen in demselben Augenblick die Oppositionsstellung aufgeben, um dem reaktionären Rechtsblock in den Sattel zu verfallen.

Presserverbot.

Hamburg, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommunistische „Hamburger Volkszeitung“, die nach ihrem Wiedererscheinen in der wüsteisen Weise die Sozialdemokratie und die Hamburger Regierung, besonders die Polizei beschimpfte, ist vom Polizeipräsidenten erneut auf fünf Tage verboten worden. Zur Begründung wird besonders angeführt, daß am Schluß eines Urteils aufgefördert wird, den illegalen Apparat zu erhalten und zu neuen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen auszubauen.

Es hat nichts genützt.

Die Telegraphen-Union teilt mit, daß der bekannte frühere sozialdemokratische Polizeibeamte Müller-Brandenburg von der neuen Thüringischen Regierung seines Postens enthoben werden soll.

Demokratische Reichstagskandidaten.

Die demokratische Partei hat ihre Kandidatenlisten fast vollständig aufgestellt. An bekannten Namen finden sich darunter als Spitzenkandidaten: Dr. v. Clemens, Dr. Dernburg, Schiffer, Frau Dr. Bäumer, Graf Bernstorff, Dr. Koch, Professor Schäding, Plarrer, Kottel, Erkelens, Dr. Goeg, Dr. Haas.

Die Preussische Staatsregierung hat den Entwurf eines Gesetzes über das Dispenzierrecht homologischer Berufe und dashalten ärztlicher Hausapotheken zurückgehalten, da, wie sich bei den jüngsten Verhandlungen mit dem Reichsniederwertum des Innern ergeben hat, damit zu rechnen ist, daß die seit Jahren in Aussicht genommene reichsrechtliche Anordnung des Apothekenwesens in nicht zu ferner Zeit stattdessen wird.

Schulpolizei und Publikum!

Von den Kreisen der Berliner Schulpolizei geht uns eine Aufschrift zu, die wir in Anlehnung eines Währungswertes, guten Verhältnisses zwischen Polizei und Publikum zum Ausdruck bringen. Es geht daraus hervor, in wie erfreulicher Weise unsere Schulpolizeibeamten selber bemüht sind, das Vertrauen, das sie erweisen, auch zu rechtfertigen.

In unserer ereignisreichen Zeit, in der jeder Tag etwas Neues bringt, die Geschehnisse sich überlagern und das, was gestern die Gemüter erregte und bewegte, durch das, was heute geschieht, überholt und in Vergessenheit geraten ist, gibt es doch hin und wieder Berechenheiten, die noch lange nachwirken und in der Bevölkerung immer wieder ihre Kreise ziehen. Zu diesen gehört auch die psychologisch bisher nicht geklärte und deshalb noch unverständliche Tat des ehemaligen Polizeiwachmeisters Gerth. In der Straßensbahn in der Hoch- und Untergrundbahn, in Schanzenstraße, kurz überall da, wo sich Menschen zusammenfinden, wird diese Tat immer wieder erörtert und von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beurteilt und dann in oft nicht ohne gemeintem Unverständnis zur Beurteilung auf die übrigen Polizeibeamten angewandt. Deshalb muß an dieser Stelle einmal darüber gesprochen werden und die Öffentlichkeit aus Polizeikreisen aufgeklärt werden.

Wenn am Tag nach der Entdeckung des Täters es vorkommen konnte, daß der Gräber, der seinen schweren Dienst zur Regelung des Verkehrs auf dem Potsdamer Weg einen Mann, der dort störend sich bemerkbar macht, zur Ordnung weist und dieser ihm dann zurufen darf: „Was willst du grüner Lustmörder, hast du auch was zu sagen?“, wenn es vorkommt, daß die Beamten, die im Morgengrauen ihre Streife geben, von den zur Arbeitsstätte eilenden Fabrikarbeitern mit höhnischen und hämischen Zurufen begrüßt werden, dann ist das ein so lebendiges Zeichen des Unverständnisses vieler Kreise, daß man nicht so darüber hinweggehen kann. Immer wieder muß der Bevölkerung gesagt werden: „Denkst du, lieber Bürger und liebe Bürgerin, auch einmal darüber nach, was der auf der Straße seinen scheinbar so wenig anstrengenden Dienst verrichtende Polizeibeamte alles zu tun, alles zu leiden und alles zu erdulden hat? Denkst du auch einmal daran, daß der Beamte, ganz gleich, was für ein Wetter wir haben, seinen Dienst bei Tag und bei Nacht verrichten muß?“ Und dürfen wir daran erinnern, daß dieser Beamte, von dem soviel Charakterfestigkeit, Pflichtigkeit und Berufsliebe verlangt wird, durch die traurige Finanzlage des Staates mit zu denen gehört, die am allergeringsten besoldet werden? Man soll bedenken, daß ein Polizeibeamter, selbst wenn er verheiratet und eine Dienstzeit von 8-10 Jahren und darüber hat, mit einem Monatslohn von 75-95 M. wirklich viel einbringen muß und trotzdem seinen wirklich schweren Dienst unermüdet, treu und gewissenhaft weiter verrichtet. Denn mit dem Patrouillieren auf der Straße ist es noch nicht getan: Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, einen Betrieb auf der Wache des Regiers, alles das, was notwendig ist in den Kellern, sich anzusehen, der wird von der Vielgestaltigkeit des Dienstes eines Polizeibeamten bald überzeugt sein und die Polizeibeamten mit ganz anderen Augen ansehen, als er es bisher getan hat. Darum darf die Bevölkerung nicht dubieren, daß man ihre Hüter der Ordnung wegen einzelner Fälle, die verallgemeinert werden, spekuliert und sie mit rohen Worten trankt und ihnen ihr Leben noch schwerer macht als es schon ist. Daß die Polizei bei einem gewissen Teil der Bevölkerung in den Betrieben, die sich selbstverständlich, ob wir eine königliche Schutzmannschaft oder eine republikanische Schutzpolizei haben oder vielleicht eine Sowjetpolizei einmal als Hüter der Ordnung durch die Straßen Berlins ziehen, das nicht sich gleich, für diejenigen, die sich keiner Ordnung beugen können oder wollen und jede Autorität ableugnen, brauchen wir immer eine strotzende Polizei. Und wie denkt die Polizei selbst über solche Dinge? Diejenigen in der Polizei, die als Organisationsvertreter das Vertrauen ihrer Kollegen besitzen, können es bezeugen, daß in den Sitzungen der Beamtenauschüsse und in den Versammlungen der Gewerkschaft spontan aus den Kreisen der von ihnen vertretenen der Antrag gebracht wurde: „Sorgt ihr dafür, daß die Behörde noch viel mehr als bisher und noch viel schärfer darauf achtet, damit wir die herausfinden, die nicht in unsere Reihen gehören, und laßt es eure vornehmste Aufgabe sein, unzulässige Elemente möglichst auszumerzen.“ — Immerhin kann es wohl vorkommen, daß unter den 16 000-18 000 Polizeibeamten, die wir in Berlin haben, auch einer ist, der in den Beamtenkörper nicht hineingehört, aber man muß sich hüten, einen solchen Fall zu verallgemeinern.

Die Konsumwahlen.

Sieg der Liste „Genossenschaftsaufbau“.

Der Wahlkampf um die Mehrheit in der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin schloß mit einem Erfolg für die sozialdemokratische Liste „Genossenschaftsaufbau“ ab. Während im vorigen Jahre nur die Kommunisten mit Gegenlisten aufwarteten, trat diesmal auch die U.S.P. auf den Plan. Allerdings gelang es letzterer nur, in 52 von 173 Wahlbezirken eigene Vorwahlen zu bringen; für die übrigen Bezirke empfahl sie ihren Anhängern Stimmabgabe für die kommunistischen Listen. Die damit bekundete Sozialverwandtschaft offenbarte sich auch in der Art ihrer Kampfabführung: ein, ein von den „unabhängigen“ herausgegebenen Flugblatt übertrug selbst die kommunistischen Ergebnisse an Persönlichkeiten, indem es an die ungenossenschaftlichen Institute, den Exekutivrat appellierte. Die Kommunisten hatten ihrerseits einen großartigen Wahlmechanismus in Bewegung gesetzt: eine Reihe von kostspieligen Wahlveranstaltungen mit auswärtigen Referenten wurden arrangiert, am Wahltag wurde die kommunistische „Genossenschaftszeitung“ auf den Straßen und auf öffentlichen Plätzen an jedermann gratis verteilt. Diesen Raffaufgebot hielt die Genossenschaftsaufbaukommission im ganzen Stand, wobei nicht zu übersehen werden soll, daß in einigen Bezirken eine größere Mehrheit am Tage gewesen wäre. Das ziffernmäßige Wahlergebnis ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Liste „Genossenschaftsaufbau“	385 Vertreter
Liste „Opposition“ (K.P.D.)	178
Liste „U.S.P.“	7
Sonstige	4
Durch das Los noch zu entscheiden	1
Insgesamt 573 Vertreter	
Die abgegebenen Stimmen verteilen sich wie folgt:	
Liste „Genossenschaftsaufbau“	13 067 Stimmen
Liste „Opposition“ (K.P.D.)	8 210
Liste „U.S.P.“	1 140
Sonstige	333
22 752 Stimmen	

Die Liste „Genossenschaftsaufbau“ umfaßt demnach reichlich 67 Proz., also mehr als zwei Drittel der Mandate zur Generalversammlung; in das letzte Drittel teilen sich K.P.D., U.S.P. und „Sonstige“. Die Wahlbeteiligung lag selber noch viel zu wünschen übrig; für künftige Wahlen muß hier Wandel geschaffen werden, denn die K.P.D. und U.S.P. sicherlich ihre Anhänger ziemlich reiflos zur Urne brachten, sind aus dem nach Zehntausenden zählenden Heer der diesmahligen Wähler zu gewinnbringend für die Liste „Genossenschaftsaufbau“ zu gewinnen. Den sozialdemokratischen Funktionären der Genossenschaft sei heute schon dringend nahegelegt, mit den organisatorischen Vorarbeiten für künftige Wahlen ohne Säumen zu beginnen.

Schafft Lehrstellen!

Das Landesberufsausschuss Berlin, das nach Tausende vor der Schulentlassung lebende Jugendliche unterzubringen hat, bittet alle Geschichtsberechtigten und Lehrmeister, den einmaligen Bedarf an Lehrlingen möglichst noch vor dem 1. April anzugeben, damit eine Uebersicht möglich ist. Das Berufsamt hat reich-

liche Angebote von Knaben und Mädchen aus Gemeinden, Mittels- und höheren Schulen. Es vermittelt durch Fachleute nur solchen Jugendlichen Lehrstellen, die es für den betreffenden Beruf geeignet hält. In Zweifelsfällen wird diese Eignung stets durch eine sorgfältige Prüfung festgestellt, was vermeiden soll, daß ein Beruf mit ungeeigneten Lehrlingen überschwemmt wird. Nur die Befähigten dürfen den Weg zu ihm finden. Erziehungswissenschaftler scheinen man die Bedeutung einer ordentlichen praktischen Lehre allgemein anerkannt zu haben, denn für die Knaben und Mädchen, die mit 14 Jahren die Gemeindefschule verlassen, ist sie ja ziemlich allgemein geworden. Aber auch viele derjenigen, die eine Mittels- oder höhere Schule besucht haben, gehen jetzt diesen Weg. Ihre bessere Allgemeinbildung und größere Reife werden sie schneller zu brauchbaren Hilfskräften in der Werkstatt oder dem Bureau werden lassen. Es ist Aufgabe des Berufsamtes, die Auswahl der Lehrlinge so zu treffen, daß die wichtigsten Vorbereitungen bei der Berufswahl, Lust und die Liebe zum Beruf, körperliche und geistige Eignung, nach Möglichkeit erfüllt sind. Die Vermittlung ist sowohl für den Beherrn als Belehrling kostenlos. Anmeldungen sind zu richten an das Landesberufsamt, Berlin D. 25, Landsberger Straße 43/47, Telefon: Alexander 5085/88.

Der Ausbau des Flughafens Tempelhofer Feld.

Gründung einer städtischen Flughafengesellschaft.

Der Magistrat stimmte der Bildung einer rein städtischen Flughafengesellschaft für den Flugplatz auf dem Tempelhofer Feld zu. Die Vorlage geht nunmehr an die Stadterordnetenversammlung. Die Verkehrsdeputation hat sich bereits einstimmig für die Bildung dieser Gesellschaft ausgesprochen. Die Stadt Berlin gibt der Gesellschaft ein Kapital von 500 000 Goldmark, von welcher Summe ein Teil in Goldanleihe überwiesen wird. Die Flughafengesellschaft wird dann mit den Luftverkehrsgeellschaften, die die Hofenanlagen benutzen, besondere Pachtverträge abschließen, die Verwaltung des Flughafens aber selbst in der Hand behalten.

Mit der Bildung dieser städtischen Gesellschaft und der gleichzeitigen Regelung der finanziellen Frage ist nunmehr der Ausbau des bisherigen provisorischen Flugplatzes auf dem Tempelhofer Feld zum internationalen Zentralflughafen Berlins sichergestellt. Sobald das Nachlassen des Frostwetters es gestattet, sollen nunmehr die Arbeiten für die notwendigen technischen Anlagen sofort in Angriff genommen werden. Vor allen Dingen wird man alsbald an die Errichtung einer Funkstation herangehen die eine Reichweite von 800 bis 1000 Kilometer erhalten und so die Möglichkeit haben soll, nicht nur mit den in der Luft befindlichen Maschinen auf den nach Berlin führenden internationalen Linien, sondern auch mit den internationalen Fluglinien selbst, wie London, Stockholm, Mailand usw., in ständiger Verbindung zu bleiben. Witterungsbedingungen, Start- und Landungsbedingungen zu empfangen und zu geben. Des Weiteren wird der Bau eines Leuchtturms in Angriff genommen, nachdem bereits vor einigen Tagen in der Dunkelheit von einem Flugzeug aus Versuche über die Sichtweite eines am Rande der Hofenanlage aufgestellten Leuchtturms festgestellt worden. Ferner wird mit den bereitgestellten Mitteln an die weitere Einweidung und Bodenbearbeitung des Flaches, sowie an die Errichtung weiterer massiver Flugzeughallen herangegangen werden, damit durch Schaffung aller dieser notwendigen Voraussetzungen noch im Laufe dieses Jahres auch die von London und Amsterdam kommenden schweren englischen Maschinen auf dem Tempelhofer Feld landen können. Der Flugplatz Staaken dürfte dann nur noch für Übungs- und Ausbildungszwecke in Frage kommen, während der gesamte Flugverkehr von und nach Berlin auf dem Flughafens Tempelhofer Feld vereinigt wird. Auch der Bau der projektierten großen Zufahrtsstraße vom Kaiser-Friedrich-Platz aus durch die Hofenanlage soll in Kürze erfolgen.

Die Gesunderhaltung der Kinder.

In einem Vortragsabend des Gesundheitsamtes Wedding sprach Genosse Dr. Prader über das Thema „Wie schütze ich mein Kind vor Stomatitis und Verkrüppelung?“ Die Gesundheit des Kindes ist zentralisiert. Das große Heer der Kranken, Sicken und Unterernährten sind unbestreitbare Beweise. Das heranwachsende Geschlecht ist am meisten in Mitleidenhaftigkeit gezogen. Daher gehört die Gesundheitspflege des Kindes zu den wichtigsten Kapiteln. Die Tuberkulose, die Krankheit der Armen, die die Lunge zerstört und eine Verkrüppelung und Versteifung der Gelenke nach sich zieht, ist eine sozial bedingte Krankheit. Die Bazillen nisten sich leicht in den Kindeskörper ein, wo der Organismus durch Überarbeit, schlechte Licht- und Luftzufuhr geschwächt ist. Die Übererregung kommt am leichtesten in überfüllten und engen Wohnungen zustande. Helles Sonnenlicht bringt dem Körper die notwendige Widerstandskraft gegen Krankheit und es hilft die bereits eingebrachten Krankheitskeime aus dem Körper wieder heraus. Die planmäßige Gymnastik der Säuglinge und kleinen Kinder ist ein Mittel, gesunde Kinder zu erhalten. Ueber das Thema „Gymnastik in den ersten Lebensjahren“ sprach Herr Neumann-Neurode. Die Krankheiten sind in erster Linie häusliche Verkrüppelungskrankheiten. Die Verkrüppelung entsteht ungewissentlich im ersten und zweiten Lebensalter. Korsetts, Gipsbetten, Schienen und dergleichen sind Quälereien. Man muß beim fünf Monate alten Kinde mit der systematischen Gymnastik beginnen, damit wir in Zukunft körperlich und geistlich gesunde Menschen haben. Die Gesundheit ist das kostbarste und wertvollste Gut. Der Vortragende führte mit einigen ganz kleinen Kindern die Körpergymnastik praktisch vor. Hebrliche Vorträge werden vom Gesundheitsamt Wedding in den nächsten Wochen veranstaltet werden.

Mehrere Großfeuer beschäftigten in der letzten Nacht die Berliner Feuerwehr. Unter anderem brach ein sehr gefährlicher Brand abends um 9 Uhr auf einem Kohlenlagerplatz in Treptow Baumkautenweg 31, angeblich durch Unvorsichtigkeit aus. Die Feuerwehr Riedersdorf wurde schnell zur Stelle und es gelang, die Flammen einzudämmen. — Nachts gegen 3 Uhr stand am Sachsendamm, Ecke Tempelhofer Weg in Schönberg das Eckhaus 3/6 in Flammen. Auf mehrmaligen Alarm rüdten mehrere Pöschzüge heran, denen es gelang, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehungsursache konnte noch nicht aufklärt werden. — Heute früh um 5 Uhr kam in der städtischen Gasanstalt in Legel Feuer aus, das großen Umfang annahm. Der Brandherd lag in einem großen Holzschuppen, der zum Teil niederbrannte. Auch hier konnte die Entstehung noch nicht ermittelt werden.

Das Spendengeld des Roten Kreuzes der Berliner Frauen hat in weitesten Bevölkerungskreisen viel Anklang gefunden. Die Kiste, die neun Baus 10 Pf. enthalten, können durch den Roten Kreuz der Berliner Frauen, Charlottenburg, Goethestr. 22, zum Preise von 1 M. bezogen werden. Man gibt daraus den Bedürfnissen einen Bon, den er in seinem Bezirk bei einem der Wohlfahrtskommissionen vorlegen gegen Spendengeld oder auch bares Geld austauschen kann. Wie uns vom Roten Kreuz Berliner Frauen mitgeteilt wird, wäre es wünschenswert, daß größere Geschäfte diese Bonhefte zum Vertrieb in Kommission nehmen würden.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Wichtig, Kaffiere! Wegen der bevorstehenden Reichstagswahl und des ferliggestellten Jahresberichts muß die Abrechnung des 4. Quartals 1923/24 ganz besonders beschleunigt werden. Wir ersuchen deshalb nochmals dringend, schleunigst abzurechnen. S. L. Hög Bogels.

St. Höl. Freitag, den 21. März, abends 7 Uhr, bei Herrn, Uebush. 2, Funkhaus-Platz, weitere dort folgen

